Nr. 32. 1. Ausgabe. Sonntag, 6. März 1910.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Verbreitung in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 8997, Expedition Nr. 4571, Verlag Nr 542.

Anzeigen: Die dreispaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 30 Pf., für auswärts 50 Pf., für das Ausland 40 Pf. Montag 40 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile für Dresden und Umgebung 1 Mk., für auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Ehiffregebühren 20 Pf. Inserate von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe von Inseraten unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen, sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Ausland nehmen Inserate zu Originalpreisen und -rabatten an.

Abonnement: In Dresden und Vororten monatlich 60 Pf., pro Quartal 1,80 Mk. frei Haus, durch unsre Provinz-Filialen monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Mk frei Haus. Mit der Beilage „Illustrierte Neueste" oder mit der Beilage „Dresdner Fliegende Blätter" je 15 Pf. pro Monat mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien: Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 84 Pf., pro Quart. 2,52 Mk. „ B ohne Illustr. Beilage „ 69 „ „ „ 2,06 „
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,60 Kr., pro Quart. 4,79 Kr. Ausg. B ohne Illustr. Beilage „ 1,42 „ „ 4,25 „
Nach dem Auslande per Kreuzb. pr. Woche 1 Mk. Einz.-Num. 10 Pf.

Österreich und die Schiffahrtsabgaben.

Im österreichischen Abgeordnetenhause wurde der Dringlichkeitsantrag betr. die von Ungarn beabsichtigten Schiffahrtsabgaben beraten. Es kam dabei von Regierungsseite durch den Mund des Handelsministers Weißkirchner zu sehr bedeutsamen Äußerungen, aus denen erneut hervorgeht, daß Oesterreich-Ungarn auf keinen Fall für die Beseitigung der Stromfreiheit zu haben sein wird. Über die Verhandlungen wird berichtet:

Wien, 4. März.

Nach der Begründung des Dringlichkeitsantrages betr. die Schiffahrtsabgaben durch den Abg. Smrcek, der sich sehr heftige Ausfälle gegen die deutsche Politik leistete, ergriff

Handelsminister Weißkirchner

das Wort, gab zunächst eine historisch-pragmatische Darstellung der ganzen Frage der Schiffahrtsabgaben und verwendete sich auf die **große wirtschaftliche Bedeutung der freien Elbschiffahrt für Oesterreich und namentlich für Böhmen.** Der Minister hob hervor, daß der freie Elbeweg für Oesterreich in jahrzehntelangen Verhandlungen mühselig errungen wurde und daß es bisher an dem freien Elbeverkehr gegenüber allen Aenderungsversuchen standhaft festgehalten habe. (Lebhafter Beifall.) **Es handle sich dabei um eine wirtschaftliche und verkehrspolitische Angelegenheit allerersten Ranges. Die Zukunft des bedeutungsvollen Industriegebietes in Nordböhmen komme ins Spiel.** Identische Interessen, wie die Industrie, habe auch die Landwirtschaft an der Freiheit des Elbeweges. (Zustimmung.) Auch ihr diene der Strom als billige Zufahrtsstraße und gewähre ihr andererseits eine Erleichterung des Absatzes ihrer Erzeugnisse. Der Minister fuhr fort: Die Regierung hat jede Phase der im Deutschen Reiche um die Schiffahrtsabgaben geführten Kämpfe verfolgt und hat keinen Anlaß vorübergehen lassen, um, soweit überhaupt möglich, **über unsre rein sachliche Gegnerschaft keinen Zweifel aufkommen zu lassen.** Ich möchte nur in Parenthese bemerken, daß es sich hier um keine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit handelt. (Zustimmung.) Der Minister verwies sodann auf seine Interpellationsbeantwortung im vorigen Jahre, wonach auf die vom Statthalter von Niederösterreich in dieser Frage abgegebenen Erklärungen und führte aus: Ich muß mit aller Entschiedenheit erklären, daß seitens **der deutschen Regierung in dieser Frage überhaupt noch nicht an Oesterreich herangetreten worden ist.** (Hört, hört!) Es haben daher weder öffentliche noch geheime Vorverhandlungen stattgefunden. Ich weiß auch gar nichts von beabsichtigten Vorverhandlungen, für die einige Blätter schon Düsseldorf als Zusammenkunftsort bezeichnet haben. Ich kann natürlich keinen Vertragskontrahenten hindern, daß er intern erwäge, ob eine Aenderung der Verträge nicht zweckmäßig erscheine. Man will aus der Tatsache, daß Preußen bei den andern Bundesstaaten eine Abänderung der Reichsverfassung zu erreichen sucht, schließen, daß geheime Abmachungen bestehen und daß Preußen dies nicht tun würde, wenn nicht schon Holland oder Oesterreich im geheimen ja gesagt hätten. Gegen einen solchen Versuch muß ich mich aufs entschiedenste verwahren. (Beifall.) Die österreichische Regierung hat in dieser Angelegenheit stets offen und ehrlich ihre Meinung bekannt, nicht nur in diesem Hause, sondern auch in der breiten Oeffentlichkeit. Ich möchte aber auch noch auf eine andre Seite dieses Gegenstandes zu sprechen kommen. **In einer so eminenten wirtschaftlichen Angelegenheit gibt es auch keine Kompensationen auf politischem Gebiete.** Ich muß daher die Gerüchte, als ob Balkankompensationen im Spiele seien, aufs entschiedenste dementieren. Dagegen halte ich mich für verpflichtet, zu erklären, daß ich nicht den geringsten Anhaltspunkt habe, an der Loyalität der deutschen Regierung in der Handhabung der Verträge zu zweifeln. **Ich muß aber mit aller Entschiedenheit erklären und jeden Zweifel darüber beseitigen, daß die österreichische Regierung zu irgendwelchen Zugeständnissen, welche die volle Freiheit unsrer Elbschiffahrt berühren, nicht zu haben sein wird.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich bitte daher, meine Herren — und ich glaube, in dieser Beziehung kann ich auf die Einmütigkeit des ganzen Hauses rechnen —, versichert zu sein, daß die Regierung im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit sowie der Größe und Wichtigkeit der hier auf dem Spiele stehenden Interessen den von mir gekennzeichneten Standpunkt mit unerschütterlicher Festigkeit wahren wird. Der Minister des Äußeren war auch während seines Aufenthalts in Berlin gelegentlich des freundschaftlichen Gedankenaustausches mit dem deutschen Reichskanzler in der Lage, auch die Frage der Schiffahrtsabgaben zu besprechen (Hört, hört!) und die Auffassung der österreichischen Regierung zu vertreten. (Lebhafter andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Aus der Debatte ist, wie uns ein Telegramm unsres Wiener id.-Mitarbeiters meldet, insbesondere hervorzuheben eine Äußerung des deutsch-böhmischen Abgeordneten Dr. Urban, daß durch eine wirtschaftliche Unstimmigkeit unser politisches Verhältnis zu Deutschland nicht getrübt werden könne. Dr. Urban führte aus: Das Deutsche Reich hat uns politische Beweise gegeben, daß es Vertragstreue bis zum äußersten wahrt. An seiner Loyalität dürfe man nicht zweifeln. Diese Feststellungen Dr. Urbans haben bei den deutschen Parteien lebhafte Zustimmung gefunden. Der einstimmig angenommene Dringlichkeitsantrag, dem auch die Regierung zustimmte, hat folgenden Wortlaut:

Die K. K. Regierung wird aufgefordert, mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß unter keiner Bedingung die Aufhebung der freien, durch internationale Verträge garantierten Elbeschiffahrt zugelassen und unter keinem Vorwande der Einhebung von Abgaben auf der Elbe, deren Einführung Deutschland zum Schaden des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft Oesterreichs plant, zugestimmt werde.

Ein Wohltätigkeitstrust.

Von unserm Londoner k.-Mitarbeiter.

London, 4. März.

Unter dem Namen „Rockefeller Foundation" wird in Washington eine der größten charitativen Organisationen der Welt eingetragen. John D. Rockefeller, der reichste Mann der Welt, will den größten Teil seines Vermögens dieser Organisation überweisen und hofft, auch andre reiche Amerikaner zu veranlassen, dieser Organisation beizutreten. Am Mittwoch wurde ein Gesetz zur Eintragung dieses gigantischen Wohltätigkeitstrusts im Bundessenat in Washington durch Senator Gallinger eingebracht. Der Hauptsitz

der Organisation ist Washington. Ihr Zweck ist nach der offiziellen Bekanntmachung, die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und des kulturellen Fortschritts des Volkes der Vereinigten Staaten und deren Besitzungen, Erleichterung der Aneignung von Kenntnissen und deren Verbreitung, Aufhebung und Linderung des Elends, Förderung aller Elemente der menschlichen Bildung. In das Gründungsregister wurden eingetragen John D. Rockefeller sen. und jun., Mr. Fred Gates, Mr. Starr Murphy und Mr. Charles Heydt. John D. Rockefeller sen. ist jetzt 71 Jahre alt. Die Höhe seines Vermögens ist nicht genau bekannt, doch ist er ohne Zweifel der reichste Mann der Welt. Vor fünf Jahren schätzte der New-Yorker Bankier Henry Clews Rockefellers Vermögen auf mindestens 2 000 000 000 Mk. und das Carnegies auf 1 000 000 000 Mk. Diese Schätzungen gelten aber als die Minimalgrenze.

Es gibt nun boshafte Leute, die an die edlen Absichten des alten Rockefeller nicht recht glauben wollen. Die neue Gründung wird mit allen möglichen legislatorischen Mitteln geschützt. Die Ausführungen über den Zweck der Rockefeller Foundation sind sehr allgemein gehalten. Der Sohn des Milliardärs soll die Stiftung verwalten. Endlich fällt die Gründung in eine Zeit, in der der ungestörte Besitz und der Erwerb von Riesenvermögen durch die Antitrustpolitik Tafts sehr gefährdet ist. Die ganze Anlage der Rockefeller Foundation und die die Gründung begleitenden Umstände lassen vielmehr diesen charitativen Akt als ein geniales Manöver des Petroleumkönigs erscheinen, das Riesenvermögen mit allen Mitteln der amerikanischen Gesetzgebung gegen irgendwelche Aktionen der Regierung zu schützen.

Der Mordprozeß Komarowski.

(Telegraphischer Bericht der Dresdner Neuesten Nachrichten.)

Erster Tag.

-k- **Venedig**, 5. März.

Venedig war in goldenen Sonnenschein gebadet, als gestern morgen drei große, mit schwarzen Tüchern behängte Gondeln den Kanal hinabglitten, um an dem Gerichtsgebäude ihre Insassen, die Gräfin Tarnowska mit ihrer Kammerzofe Perier, den Rechtsanwalt Prilukoff und den zweiten Mitangeklagten Nikola Naumow zu landen. Prilukoff und Naumow sind bekanntlich angeklagt, im Dezember 1907 in Venedig den Grafen Komarowski ermordet zu haben. Die Gräfin soll die Verführerin sein. Naumow schreibt man den tödlichen Schuß zu. Die beiden Frauen leugnen auf das entschiedenste ihre Beteiligung an dem Morde. Ebenso heftig sind die beiden Männer darauf bedacht, die Gräfin für den Mord verantwortlich zu machen. Sie nennen sie einen Vampyr, der ihnen das Lebensblut aus den Adern gesaugt hat. Prilukoff hat zur Erhärtung seiner Behauptungen während seiner zweieinhalbjährigen Gefängnishaft nicht weniger als 14 Bände von Briefen veröffentlicht. Das Publikum empfing die Angeklagten, als sie die Gerichtstreppe emporstiegen, mit einer Salve wilder Zurufe und Drohungen. Die Gräfin ist trotz der langen Gefängnishaft wegen ihrer überraschenden Schönheit Gegenstand allgemeiner Bewunderung. Ihre wohlgebaute Gestalt ist in schwarze Seide gekleidet und nur eine große weiße Krawatte ist der einzige helle Punkt in ihrer Erscheinung. Das etwas blasse Antlitz mit den großen leuchtenden Augen ist von einer Flut dunkelbraunen Haares umrahmt. Sie ist ruhig und selbstbewußt. Ihre Kammerzofe ist eine Frau von etwa dreißig Jahren mit einem bäuerischen Gesichte, aber ungemein beweglich und verschlagen. Die männlichen Angeklagten sind blaß und apathisch. Besonders Naumow schien seine Vernehmung schmerzlich zu empfinden, vielleicht deshalb, weil sein Vater im Zuschauerraume zugegen war und beim Erscheinen des Sohnes zusammenbrach. Der öffentliche Aberglaube deutet kopfschüttelnd darauf hin, daß der Prozeß an einem Freitag begonnen und daß dreizehn Advokaten darin beschäftigt sind. Man begrüßt es deshalb mit besonderer Genugtuung, daß jetzt ein vierzehnter Advokat ernannt wurde. Der Präsident hofft, den Prozeß in sechzig Sitzungen zu beenden, obwohl die Zahl der Zeugen allmählich von 35 auf 250 angeschwollen ist, von denen viele aus entlegenen Plätzen Polens und Rußlands herbeigeholt werden müssen und nur durch Dolmetscher vernommen werden können. Alle vier Angeklagten haben während der Gefängnishaft Italienisch gelernt und lassen sich beim Kreuzverhör in der Sprache des Landes vernehmen.

Kunstsalon Richter.

Bei Richter haben drei junge Dresdner Künstler ausgestellt, die Interesse verdienen. Wilhelm Claus, Paul Wilhelm und Georg Gelbke bringen jeder in seiner Art Arbeiten, von denen aus weitere Möglichkeiten sich ergeben können, sobald das Besondere, das in jedem liegt, mit bewußter Konzentration zur Entwicklung gebracht wird.

Wilhelm Claus ist mit seinen frischen, lebendigen Bildern schon mehrfach angenehm aufgefallen. Er hat ein paar lustige, fein empfundene Landschaften ausgestellt, die angenehm dadurch auffallen, daß man ein Erlebtes, eine Beziehung zur Natur in ihnen spürt. Seine Aufgabe wird sein, das, was an diesem Anschauungserlebnis sein Persönliches ist, herauszulösen aus dem mehr allgemein bestimmten Raumgefühl, die wesentlichen Faktoren seiner Beziehung zur Sichtbarkeit aus dem allgemeinen Eindruck herauszugeben. In Dingen wie der einen Seelandschaft oder dem Lichtenhainer Bildchen scheint sich etwas Derartiges schon anzukündigen: in der Vorgarten, so frisch und beherrscht er an sich hingesetzt ist, vermißt man sie noch ein wenig. Anlage dazu finden sich bereits in den Porträts; das Bildnis der Mutter ist ein sachlich wie eigen gesehenes Stück Malerei, und auch die andern versprechen manches. Sehr amüsant, wenn auch im wesentlichen auf einen Zug gestellt, ist das Bildnis des Kunsthändlers Roemer, bei dem nur die Dimensionen des Kopfes in einem Verhältnis zur natürlichen Größe gegeben sind, das ein leises Unsicherheitsgefühl erweckt.

Paul Wilhelm begegnete man zuerst auf einer der letzten Berliner Sezessionen. Seine Strandbilder haben eine Frische und Lebendigkeit, die, obwohl weit weicher, zuweilen etwas an die Art Fritz Rhens erinnert. Ein bemerkenswertes Geschick im Erfassen momentaner Reize und ein Gefühl für dekorative Flächenbelebung macht sich verschiedentlich bemerkbar. Auf der andern Seite fehlt der Mehrzahl er Arbeiten bei aller Lebendigkeit des Vortrags die Organisation, die Unterordnung unter das Bildgesetz. Mancher Ausschnitt ist sehr hübsch gesehen, manche Begrenzung dagegen wieder rein zufällig: man könnte das Bild nach rechts und links beliebig fortsetzen. Eine gute akademische Veranlagung ist das Paar mit Früchten. Die Gesamtheit der ausgestellten Arbeiten verspricht jedenfalls für die Zukunft noch so manches Interessante.

Der Dritte im Bunde ist Georg Gelbke. Er ist vielleicht die eigenste Erscheinung unter den Dreien. Seine Sehnsucht ist Ausdruck, Gesetz, formale Wirkung — ein bißchen auch Weltanschauung. Er stellt wie Hodler nackte Menschen in die Landschaft und bekundet in der Behandlung des Ganzen vereinfachende Stiltendenzen. Man weiß nicht recht, ob sie durch kunstgewerbliche Lehrmethoden oder durch Kunowskis Theorien beeinflußt sind; jedenfalls sind sie vorhanden und mit Geschick zur Anwendung gebracht. Eine starke Sicherheit in der Beherrschung menschlicher Formen tritt namentlich an einer Aktzeichnung zutage, daneben ein kräftiges Farbengefühl, das nicht nur von der Gegenwartskonvention bestimmt ist. In den Landschaften, vor allem den Lärchen, scheint ein eigenes Naturgefühl zu sprechen. Was seine weitere Entwicklung bringen wird, bleibt abzuwarten; jedenfalls wird man ihm mit Interesse wieder begegnen.

Außer diesen Arbeiten sieht man eine Reihe Porträts von K. Böhringer. Sie besagen über seine Art nichts Neues; das Gegenständliche dominiert so sehr, daß ein Interesse an der Gestaltung von vornherein unmöglich ist und somit zur Beurteilung genau genommen hier nur Leute berufen sind, die über die photographische Ähnlichkeit der Dargestellten zu urteilen vermögen.

P. F.

Eine Kinder-Republik.

Von Otto Berthold.

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten und des allmächtigen Dollars, die große amerikanische Union, besitzt so manche Einrichtungen, denen wir keinen sonderlichen Geschmack abgewinnen können. Zum großen Teil sind dieselben bei uns aus mannigfachen Gründen praktisch kaum durchführbar, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß wir in vielen Beziehungen von den Vereinigten Staaten manches lernen können. Wir haben erfreulicherweise eine ganze Anzahl gemeinnütziger Anstalten und sozialpolitischer Einrichtungen, die andern Ländern zum Vorbild dienen könnten und tatsächlich auch von einigen derselben ebenfalls adoptiert worden sind. Ich erwähne beispielsweise nur unsre so segensreiche und umfassende Arbeiterfürsorge; unsre humanen, der Fürsorge der Jugend gewidmeten Gründungen von Ferienkolonien, Krippen und Kindergärten usw., aber zur Gründung einer — Kinder-Republik haben wir es denn doch noch nicht gebracht.

Amerika besitzt ein solches charakteristisches, die „Rechte der Kinder" gleichsam anerkennendes und die politischen Fähigkeiten der Knaben und Mädchen kultivierendes Institut; gemeint ist die im Jahre 1895 durch William R. George begründete „George-Junior-Republik" in Freeville bei Ithaca im Staate New-York.

Diese Republik umfaßt eine Farm von 48 Ackern (ca. 10½ Hektar) Umfang, auf der als Unterkunfts- und Vorratsräume verschiedene Holzgebäude und ein großes Zelt errichtet wurden. Im Sommer bietet dieselbe Raum für ungefähr 200 Knaben und Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren; etwa 40 dieser jungen Republikaner verbleiben das ganze Jahr hindurch auf der Farm. Die Republik hat eine selbständige Regierung, ihre wirtschaftliche Basis beruht auf ehrlicher Arbeit, da jeder Bürger seinen Lebensunterhalt selbst verdienen muß; für die von ihm geleistete Arbeit wird er mit nominellem Blechgeld der Republik bezahlt. Die eine Hälfte des Tages ist der Arbeit und die andre Hälfte der Erholung gewidmet; die Knaben werden mit landwirtschaftlichen, Tischler- und Zimmermannsarbeiten beschäftigt, während die Mädchen kochen, nähen und andre Haushaltungsarbeiten verrichten müssen. Die Lohnbeträge pro Tag schwanken je nach dem Grad der Arbeit zwischen 50 und 90 Cents*); gewöhnliche Mahlzeiten kosten 10 Cents, ein Nachtquartier dasselbe. Wer die Mittel und Neigung hat, kann für 25 Cents eine luxuriösere Mahlzeit, oder er kann für 4 Dollars pro Woche volle Pension im „Waldorf Hotel" (nach dem berühmten New-Yorker Hotel benannt) erhalten.

Da der Lohn für die regelmäßige Arbeit, auf die alle Bürger gleichmäßig Anspruch haben, derartig reichlich bemessen ist, daß die Ausgaben für Kost und Logis bequem gedeckt werden können, müssen die Faulen und Nachlässigen entweder auf letzteres verzichten, oder aber sie müssen ihre Nachlässigkeit durch Ueberstundenarbeit wieder gutzumachen suchen. Wer Geld spart, erhält beim Verlassen der Republik den vollen Wert desselben in Kleidungsstücken und Lebensmitteln ausbezahlt, die dann von den Kindern in ihre zumeist in übelberüchtigten Spelunken New-Yorks belegenen Heime („slums" genannt) mitgenommen werden. Es ist schon vorgekommen, daß einzelne Knaben für 2 Monate Sommerarbeit bis zu 50 Dollars erspart haben.

Auch eine eigene Gesetzgebung, ein Gerichtsgebäude, ein Gefängnis und zwei Schulen besitzt diese Duodez-Republik. Die gesetzgebende Körperschaft besteht aus zwei „Häusern"; die Mitglieder des Unterhauses werden wöchentlich und die des Senates aller 14 Tage durch Ballotage gewählt. Jeder Beruf darf auf je 12 Wähler ein Mitglied des Unterhauses und einen Senator wählen. Vergehen gegen die Gesetze der Republik werden nachdrücklich und streng bestraft, und das Gefängnis mit seiner Brot- und Wasser-Kost gehört keineswegs zu den angenehmsten Erfahrungen. Die Polizeimacht setzt sich aus 18 Knaben und 2 Mädchen zusammen; der Posten als Polizist ist stark begehrt, da damit ein tägliches Einkommen von 90 Cents verbunden ist, kann aber nur nach Absolvierung eines ziemlich strengen „Civildienst-Examens" erlangt werden.

Nach den Urteilen verschiedener kompetenter Autoritäten hat sich diese interessante und gewiß einzig dastehende Einrichtung einer Kinder-Republik soweit ganz gut bewährt. Es ist kein sozialistisches oder utopisches Unternehmen, dasselbe nimmt vielmehr mit den bestehenden Einrichtungen und Zuständen fürlieb und sucht das beste aus denselben zu machen. Auch als eine bloße Spielerei kann es keinesfalls betrachtet werden, da die Kinder nützliche Arbeiten zu verrichten haben und zu Fleiß, Sparsamkeit, Selbsteinschränkung und zu einer gewissen Unabhängigkeit angehalten und erzogen werden. Die Maßnahmen, die der gesetzgebende Körper zu erörtern hat, bestehen nicht in bloßen Scheindebatten, sondern sie berühren tatsächlich die allgemeine Wohlfahrt der 200 Bürger. So war es beispielsweise notwendig, zum Schutze der einheimischen „Agrarier" auf alle Artikel, die in die Republik eingeführt werden, einen Zoll von 25 Proz. des Wertes derselben zu legen. (Tout comme chez nous!) Auch ein Versuch mit der Wahlfähig- und Wählbarkeit der „Frauen" wurde gemacht, aber wieder aufgegeben, größtenteils durch die dagegen stimmenden Mädchen selbst.

Die Nachteile, die mit einem derartigen Problem naturgemäß verbunden sind, lassen sich leicht erraten; auf der andern Seite hingegen ist es vielleicht ganz gut — da die Frühreife der amerikanischen Jugend eine anerkannte Tatsache ist — wenn dieselbe in solch unverwerfliche Bahnen, wie die der „Republik", geleitet wird. Für deutsche Verhältnisse jedoch erscheint ein derartiges, in vieler Beziehung immerhin zweifelhaftes Experiment, aus ethischen und unser soldes, deutsches Familienleben berücksichtigenden Gründen, nicht nachahmenswert.

*) 1 Dollar (4,10 Mk.) = 100 Cents (a 4 Pf.).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1910030601/1